

Herausforderung Demographischer Wandel

Beschluss des Deutschlandtages der Jungen Union vom 23. Oktober 2011 in Braunschweig

Laut Statistischem Bundesamt lebten Ende 2010 in Deutschland 81,75 Millionen Menschen. Das sind 51.000 Einwohner weniger als zum selben Zeitpunkt des Vorjahres. Deutschland wie auch Europa und andere führende Industrienationen stehen mitten im demographischen Wandel. Während die Lebenserwartung stetig steigt, sinkt zugleich seit Anfang der 1970er Jahre die Zahl der neugeborenen Kinder – die Gesellschaft altert und schrumpft. Obwohl die Entwicklung und ihre Auswirkungen seit langem bekannt und absehbar sind, wird das durch diese Zahlen beschriebene Phänomen erst seit einigen Jahren als eines der großen Probleme Deutschlands und anderer Industrienationen diskutiert. Der demographische Wandel erstreckt sich über Generationen und ist bereits seit mehreren Jahrzehnten absehbar.

Die Mortalitätsrate geht bereits seit Anfang des 20. Jahrhunderts drastisch zurück, was erfreulich ist. Laut Statistischem Bundesamt hat die Lebenserwartung in Deutschland - seit der Berechnung der ersten Sterbetafel 1871/1881 - einen historischen Höchststand erreicht. Nach der Sterbetafel 2007/2009 liegt diese für neugeborene Jungen bei 77 Jahren und 4 Monaten und für neugeborene Mädchen bei 82 Jahren und 6 Monaten.

Parallel dazu und insbesondere seit Mitte der 1950er Jahre ist allerdings auch ein deutlicher Rückgang der Geburtenziffern zu beobachten. 2009 kamen 651.000 Kinder zur Welt – so wenige wie nie zuvor in der Bundesrepublik. Wie gravierend die Geburtenzahl seit Jahrzehnten sinkt, zeigt der Vergleich mit dem Jahr 1964. Auf dem Höhepunkt des Babybooms war die Zahl der Neugeborenen mit 1,36 Mio. mehr als doppelt so hoch wie heute. Ein wichtiger Aspekt dieser Entwicklung, der in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben darf, ist die im Verhältnis zur Geburtenzahl hohe Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen. Das Statistische Bundesamt hat für das vergangene Jahr 110.431 gemeldete Abtreibungen bekannt gegeben. Zwar stagniert die absolute Anzahl mengenmäßig. In Bezug auf die rückläufige Zahl der geborenen Kinder insgesamt sowie die sinkende Zahl gebärfähiger Frauen steigt der Anteil de facto aber deutlich.

Dieser Geburtenrückgang war bisher wenig zu spüren, da zum einen die Lebenserwartung im vergangenen Jahrhundert um 31 Jahre gestiegen ist und zum anderen in Deutschland

36 mittlerweile 12 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben. Doch im Jahr 2030 wird
37 etwa jeder Dritte 60 Jahre alt oder älter, nur noch jeder Sechste unter 20 Jahre alt sein. Zudem
38 sinkt die Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter, in den vergangenen vier Jahren um eine
39 halbe Million. Laut der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen
40 Bundesamts wird unser Land im Jahr 2050 zehn Millionen Einwohner weniger haben. Dies
41 unter der Annahme, dass jährlich 200.000 Menschen aus dem Ausland einwandern. Wären es
42 nur 100.000 Einwanderer pro Jahr, wäre Deutschland im Jahr 2050 schon um 16 Millionen
43 Einwohner ärmer, ganz ohne Migration um 30 Millionen. Im Jahr 2100 hätte Deutschland dann
44 eine Bevölkerungsgröße von 24 Millionen – so groß wie zu Anfang des 19. Jahrhunderts.

45

46 Der demographische Wandel stellt uns in nahezu allen Politikfeldern und Lebensbereichen vor
47 Herausforderungen, die wir bereits heute annehmen müssen. Dabei gilt es die
48 demographische Entwicklung positiv zu gestalten, statt sie nur zu verwalten. Wir dürfen nicht
49 bei der Beschreibung von Schreckensszenarios, wie entvölkerten Landschaften und einer
50 „Republik der Alten“ stehen bleiben, sondern müssen eigene Ideen entwickeln und den
51 Wandel aktiv gestalten. So werden mehr denn je eine kinder- und familienfreundliche
52 Gesellschaft und bessere Bildung der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes sein.
53 Insbesondere um dem immer gravierender werdenden Fachkräftemangel entgegen zu wirken,
54 welcher Deutschlands herausgehobene Stellung in der Weltwirtschaft gefährdet. Die stark
55 wachsenden Nationen wie China oder Indien hingegen setzen enorme volkswirtschaftliche
56 Kräfte frei. Aus deutscher Sicht ist eine Verdrängung auf den internationalen Märkten durch
57 mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zu befürchten.

58

59 Der demographische Wandel verschärft zudem die Situation der öffentlichen Verschuldung in
60 Deutschland. Die gesamte Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen wird auf immer
61 weniger Köpfe verteilt, die einen dementsprechend höheren Beitrag zum Zinsdienst und zur
62 Tilgung leisten müssen. Die staatliche Gesamtverschuldung in Deutschland liegt heute bereits
63 bei rund 2 Billionen Euro. Eine weitere Verschärfung geht mit steigenden Ausgaben für
64 Alterssicherung, Gesundheit und Pflege einher, die sich noch nicht in unserer expliziten
65 Staatsverschuldung ausdrücken und auch in der impliziten nur teilweise berücksichtigt
66 werden. Die sozialen Sicherungssysteme werden an den Punkt ihrer maximalen Belastbarkeit
67 kommen.

68

69 Hinsichtlich der niedrigen Geburtenraten müssen die verschiedenen Finanzierungsmodelle
70 der Sozialversicherungssysteme diskutiert und reformiert werden. Bei der Renten-, Kranken-

71 und Pflegeversicherung sind bis zum Jahr 2050 Mehrausgaben in Höhe von über 100
72 Milliarden Euro zu erwarten. Angesichts der demographischen Entwicklung muss die Politik
73 bei ihren Reformentscheidungen viel stärker als bislang die berechtigten Interessen der
74 kommenden Generationen berücksichtigen.

75

76 Die demographische Entwicklung, die durch eine verlängerte Lebenserwartung einerseits und
77 durch den Rückgang der Geburten andererseits gekennzeichnet ist, hat vor allem
78 Konsequenzen für die Familienpolitik in Deutschland. Gefragt ist eine nachhaltig
79 zukunftsorientierte Familienpolitik, die Anreize setzt und gesellschaftliche
80 Rahmenbedingungen schafft, „Ja“ zu Kindern zu sagen, Kindern und Jugendlichen die
81 bestmögliche Förderung und Bildung zu ermöglichen, die Erwerbstätigkeit von Frauen zu
82 steigern, jungen Müttern den Weg zu weiterer Bildung und Ausbildung zu erleichtern und es
83 älteren Menschen zu ermöglichen, ihre Potenziale stärker in Wirtschaft, Arbeitsleben und
84 Gesellschaft einzubringen.

85

86 Auch die deutsche Bildungspolitik wird zukünftig wesentlich durch die bereits heute
87 spürbaren Folgen des demographischen Wandels geprägt sein. Einige Entwicklungen sind
88 bereits heute absehbar.

89

90 Zum einen ist eine Wanderungsbewegung der Bevölkerung in bestimmte Ballungszentren
91 auszumachen. Während viele ländliche Regionen und Gebiete, die ursprünglich stark
92 industriell geprägt waren, dünner besiedelt sein werden, werden moderne Großstädte in
93 Ballungsräumen und Metropolregionen mit einem Schwerpunkt des Dienstleistungssektors
94 bzw. moderner Technologien einen Bevölkerungszuwachs verbuchen. Diese Entwicklung wird
95 weitreichende Konsequenzen für die Schul- und Hochschulpolitik nach sich ziehen.

96

97 Seit Mitte des 20. Jahrhunderts vollzieht sich der Wandel vom Industrie- zum
98 Dienstleistungsland. Frühere Prognosen gingen davon aus, dass die Industrie keine besondere
99 Relevanz mehr als Wirtschaftssektor für Deutschland haben würde. Die aktuelle Situation
100 zeigt, dass große Industriestandorte für eine erfolgreiche Wirtschaftsnation unabdingbar sind.
101 Daher muss die deutsche Industrie auch weiterhin führend bleiben. Es fehlen bereits heute
102 qualifizierte Hochschulabsolventen für diesen Sektor, wie zum Beispiel Ingenieure. Zugleich
103 mangelt es im Dienstleistungssektor akut an Pflegekräften – und das schon heute, in einer
104 Situation, in der die Auswirkungen der alternden Gesellschaft erst in ihren Anfängen spürbar
105 sind.

106 Qualifizierte Hochschulabsolventen werden vor allem auch im Bereich der Humanmedizin
107 benötigt. Bereits heute ist ein Mangel an Fachärzten zu verzeichnen und die Nachfrage nach
108 ambulant-fachärztlichen Leistungen wird kontinuierlich ansteigen. Der Sachverständigenrat
109 zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen hat fest gestellt, dass – trotz des
110 Bevölkerungsrückgangs - allein bis zum Jahr 2030 die Nachfrage nach fachärztlichen
111 Leistungen deutlich ansteigen wird. Der Morbiditätsanstieg (Krankheitshäufigkeit) ist der
112 treibende Motor hinter dieser Entwicklung. Die Fachärzte werden je nach Fachgebiet einen
113 Anstieg der Leistungsnachfrage bis zu 25 Prozent zu verzeichnen haben. Dabei droht das hohe
114 Durchschnittsalter der Fachärzte große Lücken in die Versorgung zu reißen. Schon jetzt sind
115 3.600 Facharztsitze nicht besetzt. Die Bedeutung der Stadtpraxis wird steigen. Hier wird der
116 Umsatz gemacht, der es den Stadtpraxen, z.B. über Filialpraxen, ermöglicht, die Versorgung
117 auf dem Land zu unterstützen oder gar zu sichern.

118

119 Weitere Herausforderungen finden sich im Bereich der Integrationspolitik. Es gilt mittlerweile
120 als mehrheitlicher Konsens, dass qualifizierte Einwanderung in engen Grenzen für
121 Deutschland unabdingbar ist, um die Folgen der rapide alternden und schrumpfenden
122 Bevölkerung zumindest zu verlangsamen. Das Ausmaß der nötigen Einwanderung bedarf
123 daher umso mehr einer überlegten und gezielten Einwanderungs- und Integrationspolitik, die
124 sowohl die Vorstellungen der Wirtschaft, vor allem aber auch die gesellschaftlichen
125 Möglichkeiten berücksichtigt. Der Bereich der Schulen und der Bildung wird auch hier eine
126 Schlüsselrolle einnehmen.

127

128 Mit rückläufigen Bevölkerungszahlen in den nächsten 50 Jahren wird nicht nur ein Verlust an
129 potenziell erwerbsfähigen Personen einhergehen. Die Abnahme des Konsums und eine
130 veränderte Konsumentenstruktur könnten sich als Investitions-, Innovations- und
131 Wachstumsbremse erweisen. Ein Rückgang von Konsum und Produktionspotenzial hat
132 automatisch einen Rückgang des Inlandsprodukts zur Folge und gefährdet auf Dauer den
133 Wohlstand unseres Landes. Wenn in Zukunft strukturelle Einbrüche beim privaten Konsum
134 eintreten, besteht die Gefahr, dass Ersatz- und Neuinvestitionen ausbleiben. Dieses hätte
135 negativen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum sowie den Produktivitätsfortschritt, da mit
136 Neuinvestitionen in modernere Technologie die Wettbewerbsfähigkeit erhöht wird.
137 Deutschland ist wie eine Vielzahl anderer Industrieländer weltweit schon von den Folgen des
138 demographischen Wandels verändert worden. Jedoch auch in anderen sich entwickelnden
139 Staaten sind deutlich sinkende Geburtenraten zu verzeichnen. Zeitverzögert werden auch
140 diese Länder von den Folgen des demographischen Wandels erfasst. Wenn sich die deutsche

141 Wirtschaft frühzeitig auf die Veränderung der wirtschaftlichen Gegebenheiten im Inland
142 einzustellen vermag, könnten deutsche Lösungen und Erfahrungen auch in anderen Ländern
143 genutzt werden.

144

145 Der Arbeitsmarkt der Zukunft wird sich, aufgrund der bereits beschriebenen Faktoren, stark
146 verändern. Bereits seit dem Jahr 2000 und weiter bis zum Jahr 2040 wird sich die
147 Erwerbsbevölkerung kontinuierlich um knapp ein Fünftel verkleinern. Schwierigkeiten bei der
148 Werbung von betrieblichem Nachwuchs insbesondere im produzierenden Gewerbe, bei
149 Unternehmen im High-Tech und Forschungs- und Entwicklungs-Bereich sowie bei technischen
150 Dienstleistern und ein erhöhtes Durchschnittsalter der Belegschaften sind die Konsequenz
151 dieses Prozesses. Im Jahr 2030 werden voraussichtlich mehr als ein Viertel und im Jahr 2040
152 knapp ein Drittel weniger Erwerbstätige in der Altersklasse 15 bis 34 Jahre dem Arbeitsmarkt
153 zur Verfügung stehen. Mit einem Verzögerungseffekt schlägt diese Entwicklung bereits seit
154 2010 auch auf die mittlere Altersgruppe der 35- bis 44-jährigen durch, die ebenfalls bis 2040
155 um ein Viertel (3,8 Millionen) abnimmt. Die Gruppe der älteren Erwerbstätigen hingegen wird
156 bis 2020 um knapp ein Viertel (4,7 Millionen) zunehmen. Immer weniger Erwerbsfähige unter
157 45 Jahren (-10,1 Millionen) stehen zukünftig immer mehr älteren Erwerbsfähigen (bis 2020 4,7
158 Millionen) gegenüber.

159

160 Das sich grundsätzlich ergebende Problem einer veränderten Altersstruktur der
161 Erwerbsbevölkerung wurde und wird zudem durch Faktoren wie an kurzfristigen Logiken
162 orientierte Personalpolitik (Einstellungstopps, Stellenkürzungen), jugendzentrierte
163 Unternehmenspolitiken, altersbezogenen Personalabbau, sowie Arbeitsplätze, die nicht auf
164 die jeweilige Lebensphase des Arbeitnehmers angepasst werden, massiv verstärkt.

165

166 Dem schrumpfenden Potential an jüngeren Arbeitskräften steht außerdem ein steigender
167 Bedarf an qualifizierten Nachwuchskräften entgegen. Im Zuge des zunehmenden Wandels in
168 eine Dienstleistungsgesellschaft nimmt der Anteil der unternehmensbezogenen
169 Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt immer mehr zu. Diese hoch qualifizierten
170 Dienstleistungen erfordern ebenso hochqualifizierte Arbeitskräfte. Der Bedarf an An- oder
171 Ungelernten sinkt, während der an qualifizierten Facharbeitern und Hochschulabsolventen
172 steigt. Die negativen Arbeitsmarkteffekte können durch Zuwanderung und Personalreserven
173 nicht umgekehrt werden.

174

175 Für die Unternehmen wie auch den öffentlichen Dienst ergeben sich neben den fehlenden
176 qualifizierten Nachwuchskräften und alternden Belegschaften zusätzliche Herausforderungen
177 wie zum Beispiel die Entwicklung von neuen Personalgewinnungsstrategien, die zunehmende
178 Verrentung der älteren Beschäftigten und der damit einhergehende Personalmangel und
179 Know-how-Verlust. Deshalb muss darüber nachgedacht werden, das Renteneinstiegalter
180 auch in Zukunft zu erhöhen. Die Rente mit 67 ist hier ein Schritt in die richtige Richtung.
181 Genaue Modelle für bestimmte Branchen müssen gemeinsam mit den Sozialpartnern
182 ausgearbeitet werden. Auch die Anforderungen an bestimmte Berufe müssen gerade im
183 öffentlichen Dienst in einem ausgewogenen Verhältnis zum Arbeitsumfang stehen. Eine
184 Beschäftigung überqualifizierter sowie unterqualifizierter Bediensteter nützt niemandem.

185

186 Die Folgen der demographischen Veränderung spiegeln sich am deutlichsten und
187 unmittelbarsten in den sozialen Sicherungssystemen wieder. Weniger Beitragszahler und
188 mehr Leistungsempfänger müssen in den derzeitigen Umlagesystemen bei gleicher Leistung
189 zwangsläufig zu wesentlich höheren Beiträgen führen. Daher ist es unvermeidlich, dass
190 Leistungen gekürzt werden müssen und die Beitragsbelastung dennoch relativ hoch bleiben
191 wird.

192

193 Der demographische Wandel wird vor allem unser Gesundheitswesen vor enorme
194 Herausforderungen stellen. Im Gesundheitssystem explodieren die Kosten für ältere
195 Menschen und naturgemäß folgen dieser Entwicklung auch höhere Krankenkassenbeiträge für
196 jüngere Menschen. Wenn es mehr Ältere gibt, muss auch mit einer größeren Zahl von
197 Heimbewohnern gerechnet werden, was zu höheren Kosten für den Bau und Unterhalt von
198 Alten- und Pflegeheimen führen kann.

199

200 Eine immer älter werdende Gesellschaft verlangt nach einem entsprechenden System der
201 medizinischen Versorgung. Mit steigendem Lebensalter nehmen nicht allein
202 Krebserkrankungen, sondern auch Leiden wie Diabetes mellitus, Osteoporose, Schlaganfall
203 und nicht zuletzt Demenz zu. Einerseits können die Menschen mit einem langen und über
204 lange Zeit in guter Gesundheit verbrachten Leben rechnen. Andererseits benötigen aber
205 zukünftig immer mehr ältere Menschen mit chronischen Krankheiten eine gute Behandlung
206 und später auch Pflege. Das führt zu steigenden Kosten im Gesundheitswesen.

207

208 Im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel steht auch die zentrale Frage, wie
209 unsere Städte und Kommunen in Zukunft aussehen werden. Deutschland zeichnet sich zum

210 einen durch eine immer gesünder und immer älter werdende Generation aus, die länger am
211 gesellschaftlichen Leben partizipiert als es noch vor 20 Jahren der Fall war. Bei der jüngeren,
212 meist auch besser ausgebildeten Generation lässt sich seit Jahren in vielen Regionen ein Trend
213 zur Landflucht in urbane Ballungsgebiete beobachten. Hauptmotiv ist hier häufig der Beginn
214 einer Ausbildung, eines Studiums oder der Berufseinstieg. Vergreiste und verwaiste Städte
215 und Gemeinden vor allem in den Neuen Bundesländern (Leerstandsquote um die 10 Prozent),
216 aber auch zunehmend im Westen (hier vor allem das Ruhrgebiet) sind wenig attraktiv für die
217 junge Generation.

218
219 Zahlreiche Regionen in Deutschland sind vom postindustriellen Wandel und einer
220 schrumpfenden Bevölkerung betroffen. Der Geburtenrückgang nach der Wiedervereinigung
221 1989/90 sowie der massiv negative Wanderungssaldo haben die Bevölkerungsentwicklung in
222 den Neuen Bundesländern maßgeblich beeinflusst.

223
224 Einschneidende Veränderungen, Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, die
225 strukturellen Rahmenbedingungen und ein Wertewandel, in Verbindung mit einer
226 Veränderung des persönlichen Lebensstils, haben entscheidenden Einfluss auf die
227 Verwirklichung des Kinderwunsches junger Menschen in den Neuen Ländern gehabt.

228
229 Die Folgen der demographischen Entwicklung haben uns in den Kindertagesstätten, Schulen
230 und beim Wohnungsleerstand bereits erreicht.

231
232 Neben dem Rückgang der Geburtenzahlen ist die demographische Entwicklung der Neuen
233 Länder vor allem durch die Abwanderung junger qualifizierter Arbeitskräfte, insbesondere
234 junger Frauen, geprägt.

235
236 Ursachen für die Abwanderung sind vor allem die Vergütung der Arbeitsleistung, die
237 Ausbildungssituation für Kinder und Jugendliche und die vielerorts hohe Arbeitslosigkeit. Das
238 Lohnniveau spielt im Vergleich zu den anderen Standortfaktoren, eine hervorgehobene Rolle.

239
240

241 **Deutschland demographiefest machen!**

242

243 **I. Demographie und Familie**

244 Es gilt Maßnahmen nachhaltiger Familienpolitik zur Bewältigung des demographischen
245 Wandels zu implementieren:

246

247 **„Ja“ zu Kindern.**

248 Im kinderentwöhnten Deutschland muss es uns gelingen, dass Paare wieder Vertrauen in die
249 eigene Zukunft haben und sich in einer Gesellschaft wiederfinden, die Familien und Kindern
250 mit Wertschätzung begegnet. So würde vielen Paaren die Entscheidung für Kinder erleichtert.
251 Hierbei geht es nicht nur um monetäre Anreize, sondern um gesellschaftliche Wertschätzung
252 für Familien mit Kindern. Dafür ist es erforderlich Entscheidungen sämtlicher Politikfelder
253 auch auf ihre Familienfreundlichkeit hin zu prüfen. Denn Kinderlärm ist Zukunftsmusik.

254

255 **Bedarfsgerechter und qualitätsorientierter Ausbau der Kinderbetreuung.**

256 Immer mehr Eltern wollen oder müssen Familie und Erwerbsarbeit vereinbaren. Sie haben
257 Anspruch auf gute und verlässliche Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder. Es liegt im
258 Interesse unserer Gesellschaft, dass wir Frauen ermöglichen, in unserer älter werdenden
259 Gesellschaft ihre Fähigkeiten auch im Erwerbsleben einzubringen. Auch die Förderung von
260 Betriebskindergärten ist sinnvoll.

261

262 **Frühe Förderung aller Kinder und Jugendlichen.**

263 Wie nie zuvor sind Bildung und Ausbildung die Voraussetzung für soziale Sicherheit und
264 Teilhabe an der Gesellschaft. Eine solide Schul- und Berufsausbildung sind die beste
265 Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und Voraussetzung für eigene Erwerbstätigkeit. Unsere
266 Gesellschaft braucht alle Jugendlichen. Gerade mit Blick auf die demographische Perspektive
267 dürfen wir nicht zulassen, dass viele junge Menschen – darunter viele mit
268 Migrationshintergrund – oft ohne Abschluss die Schulen verlassen.

269

270 **Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern fördern.**

271 Zur guten Betreuung unserer Kinder gehört eine gute Ausbildung der Erzieherinnen und
272 Erzieher. Hier sind hohe Qualitätsstandards an die Ausbildung zu richten. Pädagogen müssen
273 in der Lage sein, die geforderte frühkindliche Erziehung zusammen mit den Eltern zu leisten.
274 Leider haben viele Kinder kein oder kein positives Bild mehr von männlichen Personen. Hier

275 ist es unumgänglich vermehrt männliche Erzieher auszubilden und das Berufsbild des
276 Erziehers für junge Männer attraktiv zu gestalten.

277

278 **Familienfreundliche Unternehmen.**

279 Eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und
280 Familie spielen die Arbeitgeber. Ebenso bedeutsam ist aber auch der Beitrag der Tarifparteien.
281 Familienfreundliche Regelungen müssen zur Selbstverständlichkeit werden.
282 Familienfreundliche Konzepte und Programme gilt es besonders in mittelständischen
283 Unternehmen zu unterstützen.

284

285 **Familienfreundlichkeit vor Ort.**

286 Familienfreundliche Kommunen und Unternehmen haben bessere Chancen im
287 demographischen Wandel. Moderne Familienpolitik verwirklicht sich mehr denn je auf der
288 kommunalen Ebene. Kommunen müssen aus eigenem Zukunftsinteresse heraus in Familien
289 und Kinder stärker investieren. Initiativen zur Familienfreundlichkeit sind hierzu geeignete
290 Wege. Erfolgreiche Modelle der Familienunterstützung, wie z.B. Wohnen in
291 Mehrgenerationenhäusern, Familienpatenschaften für Alleinerziehende oder
292 Vermittlungsbörsen für Kinderbetreuungsplätze müssen umgesetzt und gefördert werden.
293 Städtische Familienbüros als Betreuungsstellen können ein Modell sein. Darüber hinaus
294 unterstützen wir die flächendeckende Etablierung von lokalen Familienbündnissen

295

296 **Stärkere Ausrichtung der Steuerpolitik an der Existenz von Kindern.**

297 Das Ehegattensplitting muss beibehalten werden. Artikel 6 Abs. 1 GG verbietet, die Ehe
298 gegenüber anderen Lebensgemeinschaften steuerlich schlechter zu stellen. Artikel 6 GG
299 verbürgt den Ehegatten das Recht, ihre eheliche Lebensgemeinschaft auch in wirtschaftlicher
300 Hinsicht unabhängig von staatlicher – auch steuergesetzlicher – Einflussnahme frei zu
301 gestalten. Die steuerliche Belastung darf nicht davon abhängig sein, ob und in welchem
302 Umfang beide Ehegatten erwerbstätig sind und wie sich das Einkommen auf die Ehegatten
303 verteilt. Zur Herstellung horizontaler Steuergerechtigkeit ist es daher erforderlich, die
304 wirtschaftlichen Beziehungen und Verpflichtungen innerhalb der Ehe bei der Bestimmung der
305 individuellen steuerlichen Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen. Diese Berücksichtigung ist
306 keine Familienförderung, sondern dient nur der Herstellung der verfassungsrechtlich
307 gebotenen horizontalen Steuergerechtigkeit zwischen Ledigen und Ehepaaren.

308

309 Zusätzlich zum Ehegattensplitting ist ein Familiensplitting als Instrument der
310 Familienförderung einzuführen. Die ersten beiden Kinder sollten mit dem Splittingfaktor 0,5
311 in die Erwerbsgemeinschaft einbezogen werden, während das dritte und jedes weitere Kinder
312 mit dem Faktor 1 berücksichtigt werden soll.

313

314 Zur Förderung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es unabdingbar, dass
315 Kinderbetreuungskosten vollständig steuerlich abgesetzt werden können. Dies führt nicht nur
316 zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern, sondern sorgt auch
317 für mehr Dynamik auf dem Arbeitsmarkt. Private Haushalte und die Familie als Arbeitgeber
318 werden gestärkt, da die Anstellung von Betreuungspersonen und die Beauftragung
319 selbstständiger Tageseltern steuerlich attraktiv wird. Haushaltsnahe Dienstleistungen
320 entlasten die Familien und schaffen Arbeitsplätze. Eltern sollten daher solche
321 Dienstleistungen vollständig steuerlich absetzen können. Desweiteren sollen Verbrauchsgüter
322 des täglichen Bedarfs für Kinder und Babys mit dem verminderten Mehrwertsteuersatz
323 besteuert werden um auch hier ein klares Signal für Familien zu setzen.

324

325 Bei der Anerkennung der Kindererziehungsleistungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung
326 handelt es sich nicht um eine Förderung der Familien, sondern um die Vermeidung der
327 Benachteiligung von Eltern gegenüber Kinderlosen. Ein Umlageverfahren beruht als
328 Generationenvertrag auf der Bereitschaft, Kinder zu bekommen und zu erziehen, so dass auch
329 künftig Beiträge gezahlt werden können. Familien mit Kindern sollen mehr vom
330 umlagefinanzierten System profitieren als Kinderlose.

331

332 **Stärkere Beteiligung und Einbindung älterer Menschen.**

333 Dies kann durch altersgerechte Arbeitsbedingungen und angepasste Arbeitszeitmodelle,
334 durch Aufhebung bestehender Höchstaltersgrenzen im Beruf und im Ehrenamt sowie durch
335 bürgerschaftliches Engagement gelingen. Für ältere Arbeitskräfte und auch Arbeitslose muss
336 eine neue Ausbildung auch im fortgeschrittenen Alter noch möglich sein. Die Angebote des
337 neuen Bundesfreiwilligendienstes sind daher gezielt besonders bei älteren Menschen zu
338 bewerben.

339

340 **Einführung einer Familienpflegezeit.**

341 In Deutschland werden mehr als 1,5 Millionen Menschen durch Angehörige und ambulante
342 Dienste zu Hause versorgt. 65 Prozent der Berufstätigen möchten ihre Angehörigen so weit
343 wie möglich selbst betreuen, stoßen dabei aber häufig noch auf große Schwierigkeiten. Die

344 Familienpflegezeit soll Betroffenen ermöglichen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren oder eine
345 Auszeit für die Pflege von Angehörigen zu nehmen.

346

347 **II. Zukunft der schulischen Bildung**

348

349 Zweifellos muss das deutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich eine
350 Spitzenposition einnehmen. Ziel aller Bemühungen um Lösungen muss es also sein,
351 Deutschlands Bildungssystem sowohl in der Spitze als auch in der Breite international
352 wettbewerbsfähiger zu machen:

353

354 **Ganztagsschulen bedarfsgerecht fördern.**

355 Die Junge Union spricht sich für die bedarfsgerechte Einführung von Ganztagsschulen aus, um
356 in Zukunft eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Um unser
357 gegliedertes Schulsystem langfristig zu erhalten, kann das Modell der Ganztagsschule ein
358 wichtiges Element sein, um eine hochwertige Ausbildung kommender Generationen zu
359 genehmigen. Von weiterer entscheidender Bedeutung sind die Differenzierung der
360 schulischen Angebote entsprechend der Leistungsfähigkeit und dem Unterstützungsbedarf
361 der einzelnen Schüler, die Durchlässigkeit zwischen den Schulen und die Vergleichbarkeit der
362 einzelnen Abschlüsse innerhalb Deutschlands.

363

364 **Fachkräftemangel begegnen.**

365 Die deutsche Wirtschaft klagt schon heute über einen akuten Fachkräftemangel, der sicherlich
366 nicht nur durch Einwanderung behoben werden kann, sondern auch auf eine bessere
367 Qualifizierung der vorhandenen Bevölkerung angewiesen ist. Mehr Durchlässigkeit im
368 Schulsystem ist hier der Lösungsansatz, um einem steigenden Fachkräftemangel
369 entgegenzuwirken. Wer gut ist, muss die Chance haben, die Schulform zu wechseln.
370 Insbesondere im naturwissenschaftlich-mathematischen Bereich zeigt sich der
371 Fachkräftemangel schon derzeit besonders deutlich. Um diesem zu begegnen reicht es nicht
372 aus kurz vor Studienbeginn für die Aufnahme eines entsprechenden Studiums zu werben. Es
373 ist unerlässlich Kinder schon früh an den MINT-Bereich heranzuführen, etwa durch den
374 Besuch von Einrichtungen wie dem „Haus der kleinen Forscher“, Projektwochen in den
375 Schulen, Kooperationen mit Unternehmen oder Exkursionen.

376

377 Des Weiteren muss im Bereich der Berufsausbildung eine stärkere Zusammenarbeit zwischen
378 den Schulen und den ausbildenden Stellen (IHK, Handwerkskammer,...) angestrebt werden.

379 Vor allem muss der Abwanderung von in Deutschland gut ausgebildeten Fachkräften
380 entgegengewirkt werden. Eine Maßnahme kann die Aufhebung der bestehenden
381 Einkommensgrenzen für zugewanderte Talente sein, die in Deutschland ihren
382 Hochschulabschluss erworben haben. Wir können uns nicht leisten, nicht zu versuchen die auf
383 Kosten des deutschen Steuerzahlers ausgebildeten ausländischen Hochschulabsolventen
384 langfristig an ihre Ausbildungsheimat zu binden.

385

386 **Internationale Anwerbung von Talenten.**

387 Wir fordern unsere Hochschulen auf, in Zusammenarbeit mit den an Fachkräften
388 interessierten Unternehmen, im Ausland Werbung für ihre Studiengänge und
389 Weiterbildungsmöglichkeiten in Deutschland zu machen. Zum Beispiel sind
390 themenspezifische internationale Sommerakademien geeignet, um ausländische Studierende
391 vom Ausbildungsstandort zu begeistern. Des Weiteren sollen Kooperationen mit
392 ausländischen Hochschulen ausgebaut und vertieft werden, um potentielle Fachkräfte dort
393 bereits frühzeitig mit der deutschen Sprache und unserem Land vertraut zu machen.

394

395 **III. Demographischer Wandel und Hochschule**

396

397 Folgende Punkte müssen zwecks einer Optimierung des deutschen Hochschulwesens
398 überdacht werden:

399

400 **Verbesserung des Übergangs von der Schule zur Ausbildung bzw. zum Studium.**

401 Schulabgängern muss durch gezielte Studien- und Ausbildungsberatung eine bessere
402 Orientierung angeboten werden, um Ausbildungsabbrüche und Studienfachwechsel zu
403 vermeiden. Darüber hinaus ist es sinnvoll, bereits bestehende Beratungsangebote für Schüler
404 auszubauen, wie z.B. die Hochschulschnuppertage.

405

406 **Förderung des Hochschulstudiums.**

407 Der Hochschulpakt 2020 ist ein erster Schritt, den Auswirkungen des demographischen
408 Wandels im Hochschulbereich durch eine wünschenswerte enge Zusammenarbeit von Bund
409 und Ländern zu begegnen. Als weitere Maßnahme muss eine kurzfristige Erweiterung der
410 Studienplatzkapazitäten für die derzeit noch starken Schulabschlussjahrgänge durch die
411 doppelten Abiturjahrgänge und die auf Grund der Aussetzung der Einziehung zur Wehrpflicht
412 zusätzlichen Studienanfänger erfolgen. Des Weiteren muss über eine Erweiterung des
413 Zugangs zum Hochschulstudium nachgedacht werden. Zusätzliche Potenziale für eine

414 wissenschaftliche Ausbildung können z.B. durch eine Öffnung der Hochschule für im Beruf
415 Qualifizierte geschaffen werden.

416

417 **Entwicklung von Alleinstellungsmerkmalen.**

418 Um ihre Attraktivität für Studierwillige zu erhöhen, müssen Hochschulen ihre
419 Studienangebote regional und nachfrageorientiert weiterentwickeln und auch über eine
420 offene zeitliche Gestaltung des Studiums sowie die Einführung von Fernstudienelementen
421 nachdenken. Ein unterstützter Beginn des Masterstudiums nach vorheriger Berufstätigkeit
422 gibt Bachelorabsolventen Anreize nach beruflicher Erfahrung das Studium fortzusetzen.

423

424 **Familienfreundliche Ausgestaltung des Hochschulstudiums.**

425 Studium und Familie müssen vereinbar sein, damit gerade Akademikerinnen die Entscheidung
426 für ein Kind erleichtert wird. Dies gilt sowohl für Erststudierende, aber vor allem auch für Fort-
427 und Weiterbildungsstudiengänge.

428

429 **IV. Integration**

430

431 Die Junge Union fordert eine Integrationspolitik, die sich an folgenden zwei Prinzipien
432 orientieren soll:

433

434 **Einwanderung ja, aber.**

435 Mit spezieller Anwerbung von qualifizierten Arbeitskräften der in Deutschland unterbesetzten
436 Wirtschaftszweige kann die Einwanderung gezielt zum Nutzen unseres Landes gesteuert
437 werden. Wir können und dürfen die Probleme der Welt nicht in unserem Sozialsystem lösen.

438

439 **Einwanderung mit Maß.**

440 Eine Gesellschaft kann nicht binnen weniger Jahre den Zuzug von Hunderttausenden oder gar
441 Millionen verkraften, wenn soziale Spannungen vermieden werden sollen. Analog zum Antrag
442 der Jungen Union Deutschlands zum 23. Parteitag der CDU in Karlsruhe fordern wir die
443 Einführung eines bedarfsgerechten Punktesystems, das die Zuwanderung gut ausgebildeter
444 Migranten ermöglicht, in dem Zuwanderer nach ihrem potenziellen ökonomischen Beitrag
445 und nach ihrer Integrationsfähigkeit ausgewählt werden. Um insbesondere die Anwerbung
446 von Absolventen ausländischer Hochschulen für deutsche Arbeitgeber zu erleichtern, sollten
447 Einrichtungen wie die Goethe-Institute in ausländischen Schulen und Universitäten verstärkt
448 Informationen und Beratung für zuwanderungswillige Hochqualifizierte bieten.

449

450 **V. Wirtschaft**

451

452 Um einem negativen Wirtschaftswachstum und einem Nachlassen des
453 Produktivitätsfortschritts und der Wettbewerbsfähigkeit entgegen zu wirken, fordert die
454 Junge Union:

455

456 **Stärkere globale Verflechtung der deutschen und europäischen Wirtschaft.**

457 Um die negativen gesamtwirtschaftlichen Wirkungen des demographischen Wandels zu
458 dämpfen oder zu kompensieren, gilt es die Tatsache zu nutzen, dass nicht alle Teile der
459 Weltwirtschaft zeitgleich demselben demographischen Wandel unterliegen. Die starke
460 Exportorientierung der deutschen Wirtschaft ist daher ein Schlüssel zur wirtschaftlichen
461 Bewältigung des demographischen Wandels. Daher gilt es, den Industriestandort Deutschland
462 weiter zu stärken und auch in Zukunft auf Wertschöpfung durch Produktion zu setzen. Gerade
463 angesichts des demographischen Wandels würde sich der Weg in eine reine
464 Dienstleistungsgesellschaft, wie ihn andere europäische Länder derzeit gehen, als gefährlicher
465 Trugschluss erweisen. Darüber hinaus gilt, dass sich eine Vielzahl von Dienstleistungen dort
466 am besten entwickeln, wo Nähe zur Industrie besteht.

467

468 **Globale und offene Handelspolitik.**

469 Während die deutsche Industrie verstärkt auf Forschung und Innovation und die Herstellung
470 hochwertiger Produkte setzen muss, werden im Gegenzug vermehrt Importe einfacherer
471 Güter des täglichen Gebrauchs stehen müssen. Dieses kann nur durch eine global offene
472 Handelspolitik, die durch das Prinzip des Freihandels geprägt ist, gewährleistet werden.

473

474 **Erhaltung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.**

475 Verkehrswege sind Lebenswege. Sie sind die Voraussetzung für Wachstum und Wettbewerb
476 in unserem Land und in Europa. Daher ist es notwendig, die Verkehrsinfrastruktur zu erhalten
477 und konsequent auszubauen. Neubauprojekte – insbesondere Lückenschlüsse – sind zügig zu
478 realisieren, um die deutsche Infrastruktur auf ein steigendes Verkehrsaufkommen
479 vorzubereiten und dem gestiegenen Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung gerecht zu werden.
480 Die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist es, diesen Ausbau so ökologisch
481 verträglich wie nur möglich zu gestalten. Ein effizienter Einsatz der knappen Ressourcen ist
482 durch eine koordinierte und bedarfsgerechte Planung – unter anderem durch Aufnahme der
483 Flughäfen in den Bundesverkehrswegeplan – sicherzustellen. Zukünftig muss vor allem auch

484 die Infrastruktur der Ladestationen für Elektroautos unterstützt werden. Dabei muss auf einen
485 einheitlichen Standard geachtet werden.

486

487 **Bürokratie abbauen – Kräfte freisetzen.**

488 Durch die Bürokratie werden in Deutschland unnötig Arbeitskraft und finanzielle Mittel
489 gebunden. Zum einen wird durch zu viele Verordnungen und Gesetze Personal in den
490 öffentlichen Verwaltungen, zum anderen aber auch in den Unternehmen, die die Gesetze und
491 Verordnungen anwenden müssen, gebunden. Deshalb muss der Bürokratieabbau in
492 Deutschland ernsthaft vorangetrieben werden. Durch weniger Bürokratie werden
493 Arbeitskräfte freigesetzt, die Fachkräfte für die deutsche Wirtschaft sein können. Dieses
494 Potenzial darf bei einer sinkenden Bevölkerungszahl nicht in dem Dickicht der Bürokratie
495 verlorengehen.

496

497 **VI. Arbeitsmarktpolitik – Chancen für Familienförderung**

498

499 Arbeitgeber werden zukünftig Maßnahmen ergreifen müssen, um für den Arbeitnehmer an
500 Attraktivität zu gewinnen. Die Eigenverantwortung der Unternehmen, ihre
501 Wettbewerbsfähigkeit durch gezielte Personalentwicklung sicherzustellen, steht dabei im
502 Mittelpunkt. Darüber hinaus ist das Arbeitskräftepotenzial unseres Landes optimal zu nutzen.
503 Daher fordert die Junge Union:

504

505 **Flexible Arbeitszeitregelungen.**

506 Die Menschen müssen in ihren individuellen Lebens-, Erwerbs- und Berufsverläufen gefördert
507 werden. Dazu gehört vor allem auch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
508 Hier können auch Unternehmen ihren Beitrag leisten, indem sie flexible
509 Arbeitszeitregelungen anbieten und moderne Instrumente wie z.B. Telearbeit gezielt
510 einsetzen. Betriebskindergärten und Erleichterungen bei der Pflegezeit können hierzu auch
511 einen Beitrag leisten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bezieht sich ausdrücklich nicht
512 nur auf die Kindeserziehung, sondern auch auf die Pflege von Angehörigen.

513

514 **Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutzes.**

515 Um langfristig negative Auswirkungen der Arbeit auf den Arbeitnehmer zu verhindern,
516 müssen entsprechende Präventionsmaßnahmen angeboten werden. Gerade bei einer immer
517 älter werdenden Belegschaft ist die Verhaltensprävention (Rückenschule, Stress-Bewältigung,
518 Nichtraucherschutz) von besonderer Bedeutung.

519 **Zusätzliches Anwerben von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland.**

520 Um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken, müssen qualifizierte Fachkräfte aus dem
521 Ausland angeworben werden. Die wichtigsten Aspekte sind die Beschleunigung der
522 Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsabschlüsse und eine größere Transparenz der
523 Verfahren für die Antragssteller. Allerdings soll auch verstärkt versucht werden, ältere
524 Arbeitskräfte als Fachkräfte zu halten bzw. fortzubilden, bevor Fachkräfte aus dem Ausland
525 angeworben werden.

526

527 **Arbeitskräftepotenzial nutzen.**

528 Die schlummernden Potenziale und Fähigkeiten von Menschen, die bisher nur am Rande des
529 Arbeitsmarktes standen (wie Langzeitarbeitslose, gering Qualifizierte, sowie Menschen mit
530 geistiger und körperlicher Behinderung) müssen gerade im Zeichen des demographischen
531 Wandels erschlossen und genutzt werden.

532

533 **VII. Finanzpolitik**

534

535 Mit der 2009 in das deutsche Grundgesetz aufgenommenen und von der Jungen Union
536 geforderten Schuldenbremse wurde ein erster wichtiger Schritt in Richtung gesetzlich
537 begrenzter Neuverschuldung gegangen. Die Konsolidierung des Bundeshaushalts ist somit
538 kein bloßes Lippenbekenntnis mehr, sondern wurde mit dem Zukunftspaket erstmals konkret
539 angegangen. Denn trotz eines Schuldenberges von fast zwei Billionen Euro steigen die
540 Ausgaben des Bundes weiter. Die Junge Union fordert deshalb:

541

542 **Die Schuldenbremse konsequent umsetzen.**

543 Vor allem muss die Schuldenbremse auch – wie von einigen JU-Landesverbänden bereits
544 gefordert - in den Landesverfassungen verankert werden und ebenso für die Kommunen
545 gelten. Ein Entschuldungsgebot ist ebenfalls einzuführen.

546

547 **Einführung eines Konsolidierungs- und Entschuldungsplans.**

548 Unverzüglich muss daher strenger als bisher darauf geachtet werden, dass das Geld der
549 Steuerzahler ausschließlich für notwendige Ausgaben verwendet wird. Wir brauchen
550 nachhaltige Staatshaushalte, um der jungen Generation Zukunftsperspektiven bieten zu
551 können.

552

553 **Finanzpolitik für den Bürger nachvollziehbarer machen.**

554 Finanzpolitische Entscheidungen müssen so dargestellt werden, dass jeder Bürger diese
555 nachvollziehen kann. Dies kann zum Beispiel durch eine pro Kopf-Darstellung zusätzlicher
556 Ausgaben geschehen. Durch diese Transparenz können auch die notwendigen unbequemen
557 Einsparmaßnahmen den Bürgern verständlicher gemacht werden.

558

559 **Mehr staatliche Aufgabenkritik.**

560 Lösungsansätze müssen direkt an den Ursachen staatlicher Aufgaben gesucht werden. Dazu
561 gehören vor allem die regelmäßige Überprüfung von Staatsausgaben sowie von Subventionen
562 und die Abschaffung bzw. Umschichtung von Subventionen in Bereichen ohne
563 Zukunftsperspektive. Gesetze mit Subventionscharakter sind deshalb mit einer Art
564 Verfallsdatum zu versehen und dürfen per se nur für einen begrenzten Zeitraum Gültigkeit
565 haben. Sollte die Subventionierung danach weiterhin notwendig sein, kann das Gesetz erneut
566 erlassen werden.

567

568 **Betonung der nicht-monetären Wirtschaftsförderung.**

569 Wirtschaftsförderung und Wachstumsstärkung kann zum Beispiel auch zu einem großen Teil
570 durch Bürokratieabbau und verlässliche Rahmenbedingungen sowie größere
571 Planungssicherheit für Investitionen geschehen.

572

573 **Reform des Länderfinanzausgleichs und des kommunalen Finanzausgleichs.**

574 Im Sinne einer echten Steuer- und Finanzautonomie der Länder und der Kommunen zur
575 Verwirklichung des Konnexitätsprinzips und von mehr Wettbewerb zwischen den Ländern
576 müssen der Länderfinanzausgleich und der kommunale Finanzausgleich dringend reformiert
577 werden. Zudem ist weiterhin die Zusammenlegung von Bundesländern zu organisatorisch
578 sinnvollen Einheiten vor dem Hintergrund von Haushaltseinsparungen und politischen
579 Abstimmungsprozesse im föderalen Staat zu forcieren.

580

581 **Pensionsrückstellungen jetzt bilden.**

582 Die Politik hat die Verantwortung und Verpflichtung für zukünftige Pensionslasten einen
583 Kapitalstock zu bilden und in den Haushalt einzustellen. Was die Politik für die privaten
584 Rentensysteme fordert, muss auch für den öffentlichen Dienst gelten. Der
585 Generationengerechtigkeit wird hierdurch Rechnung getragen.

586

587 **VIII. Gesundheit und Pflege**

588

589 Die Junge Union fordert demographiefeste und nachhaltige Reformen in den Bereichen
590 Gesundheit und Pflege:

591

592 **Entkoppelung der Gesundheits- und Lohnkosten.**

593 Jede Beitragserhöhung bei der Krankenversicherung erhöht die Arbeitskosten. Dies muss
594 verhindert werden, um Wirtschaft und Arbeitsplätze nicht zusätzlich zu belasten. Die
595 Lohnzusatzkosten müssen stabil gehalten werden. Dabei darf aber das Realeinkommen nicht
596 signifikant sinken. Dazu benötigen wir eine Gesundheitsprämie, die jedem Versicherten für
597 die gleiche Leistung den gleichen Beitrag in Rechnung stellt.

598

599 **Mehr Wettbewerb durch Subsidiarität und Eigenverantwortung der Versicherten.**

600 Grundlage eines funktionierenden Wettbewerbs ist die Möglichkeit der Steuerung durch den
601 Leistungsempfänger. Ein wichtiger Schritt zu Kostenbewusstsein und mehr
602 Eigenverantwortung bei der Inanspruchnahme von Leistungen ist in diesem Zusammenhang
603 die Einführung der Ausgabenerstattung mit Selbstbehalten. Die direkte Kostenbeteiligung des
604 Patienten führt zu einer marktwirtschaftlichen Steuerung der Inanspruchnahme von
605 Leistungen und Leistungserbringern. Wirtschaftlich nicht effektiv arbeitende Ärzte werden
606 seltener frequentiert. Die pauschale Vergütung über das kassenärztliche System ist
607 abzuschaffen. Ferner sind auch die Kassenärztlichen Vereinigungen abzuschaffen.

608

609 **In der Pflegeversicherung sofortiger Beginn der vollständigen Umstellung auf**
610 **Kapitaldeckung.**

611 Im Gegensatz zum Umlageverfahren führt das Prinzip der Kapitaldeckung in der privaten
612 Pflegeversicherung dazu, dass jede Generation von Versicherten durch Bildung von
613 Alterungsrückstellungen frühzeitig eine Vorsorge für ihr mit dem Alter steigendes eigenes
614 Pflegerisiko bildet. Durch die kapitalgedeckte Finanzierung werden keine Finanzierungslasten
615 auf kommende Beitragszahlergenerationen verschoben. Mit den höheren Beiträgen in der
616 privaten Pflegeversicherung wird ein Kapitalstock zur Zukunftsvorsorge und Entlastung der
617 nachfolgenden Generation aufgebaut. Bislang konnten so 16,5 Milliarden Euro
618 Alterungsrückstellungen in der privaten Pflegeversicherung aufgebaut werden. Diese
619 Kapitalbildung zahlt sich in der Zukunft aus: Sie stabilisiert die Beiträge zur privaten
620 Pflegeversicherung im Alter und macht die privat Versicherten von Veränderungen der
621 Altersstruktur der Bevölkerung weitgehend unabhängig.

622 **Anpassung der Pflegestufen.**

623 Die häusliche Pflege ermöglicht dem Pflegebedürftigen in seinem familiären Umfeld versorgt
624 zu werden, was in der Regel vom Pflegebedürftigen gegenüber einer stationären Pflege,
625 bevorzugt wird. Um die häusliche Pflege zu fördern, muss das System der Pflegestufen
626 beziehungsweise die Kriterien der Pflegebedürftigkeit überdacht werden. Der von den
627 Pflegekassen finanzierte Medizinische Dienst der Krankenkassen bei der Begutachtung der
628 Pflegebedürftigkeit sollte durch ein neues, unabhängiges Institut abgelöst werden.

629

630 **Vereinfachte Anmeldung ausländischer qualifizierter Pflegehilfskräfte.**

631 Die zeitintensive Pflege von z.B. Demenzkranken ist durch die Angehörigen kaum zu
632 bewältigen. Zum Erhalt der familieninternen Pflege muss die Anmeldung ausländischer
633 qualifizierter Pflegehilfskräfte vereinfacht werden. Es bedarf zudem auch einer Legalisierung
634 der ausländischen Beschäftigten in Privathaushalten unter strengen Auflagen. Dies darf
635 allerdings nur eine Ergänzung zum qualifizierten Pflegepersonal vor Ort darstellen und nicht
636 zum Regelfall werden. Es bedarf zudem auch einer Legalisierung der ausländischen
637 Beschäftigten aus Nicht-EU-Staaten in Privathaushalten. Analog zum österreichischen
638 Beispiel sollte die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen durch Personal aus Nicht-
639 EU-Staaten dann legal sein, wenn die Familien eine Entlohnung zwischen 800 und 1.000 Euro
640 sicherstellen sowie ein eigenes Zimmer und freie Kost anbieten kann. Die Sozialversicherung
641 für die Betreuungskräfte soll dann von der Pflegekasse übernommen werden.

642

643 **Gute Pflege benötigt qualifiziertes und angemessen bezahltes Fachpersonal.**

644 In unserer Gesellschaft muss der Pflegeberuf als qualitativ hochwertiger Beruf besser
645 anerkannt werden. Ziel muss es sein, den Beruf attraktiver zu gestalten und besser zu
646 entlohnen, um mehr junge Menschen für den Beruf zu begeistern. Gleichzeitig müssen eine
647 gute Qualifikation und Standards der Berufsausbildung sichergestellt werden.

648

649 **Einrichtung von Pflegestützpunkten.**

650 Zur Stärkung gesellschaftlicher und ehrenamtlicher Strukturen vor Ort und zur
651 professionellen Unterstützung für Angehörige und Personen, die Pflege in der Familie oder
652 anderen gemeinschaftlichen Modellen organisieren, sollten Pflegestützpunkte eingerichtet
653 werden. Diese können dabei nur dann zweckmäßig sein, wenn sie als unabhängige
654 Beratungsstellen fungieren, die keine zusätzliche Bürokratie hervorbringen und nicht in
655 Konkurrenz zu bereits bestehenden Strukturen treten.

656

657 **Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum.**

658 Die Junge Union setzt sich dafür ein, dass es in Deutschland mehr Medizinstudenten
659 (Herabsetzung der Einstiegshürden und mehr Studienplätze) gibt. Wir müssen für
660 Medizinstudenten die Attraktivität, sich insbesondere für die Fachrichtung Allgemeinmedizin
661 zu entscheiden und sich im ländlichen Raum niederzulassen, steigern.

662
663 Kommunen müssen frühzeitig in den Prozess des Anwerbens von Medizinern eintreten, damit
664 langfristig eine ausreichende, wohnortnahe medizinische Versorgung gewährleistet werden
665 kann. Eine Möglichkeit kann hierbei sein, die Studenten bereits während des Studiums über
666 ein Stipendien-Programm zu unterstützen. In diesem müssen sich teilnehmende Studenten
667 dann verpflichten, nach erfolgreicher Ausbildung in der Region für einige Jahre tätig zu
668 werden. Hierzu ist eine Beteiligung der Kommunen zum Beispiel an Versorgungszentren und
669 Ärztehäusern dringend erforderlich.

670
671 Zudem muss die Entlastung der Ärzte von Routineuntersuchungen durch speziell geschultes
672 Personal, wie dies bereits im Modellprojekt Niedersachsen und in vielen Kliniken Einzug
673 gefunden hat, weiter ausgebaut werden.

674
675 Da fast 60% der Absolventen im Fachbereich Medizin weiblich sind, müssen mehr flexible
676 Teilzeitmodelle in Krankenhäusern und Praxen geschaffen werden. Auch sollte überlegt
677 werden, weitere Zulassungskriterien für das Medizinstudium in Kombination mit dem
678 Numerus Clausus zu überprüfen. Hier müssen die Hochschulen, die bereits einen Teil der
679 Studienplätze über eigene Auswahlverfahren wie Einzelgespräche oder die Anrechnung von
680 Sonderpunkten für Vorkenntnisse vergeben, gestärkt werden.

681
682 Der Wegfall des Siedlungsprinzips kann den ländlichen Raum für Ärzte als Arbeitsstätte
683 attraktiver machen.

684

685 **IX. Sozialversicherung und Alterssicherung**

686
687 **Renteneintrittsalter und Lebensarbeitszeitkonto.**

688 In der jungen Generation glaubt vor dem Hintergrund der Fakten des demographischen
689 Wandels kaum noch einer, dass sein Renteneintrittsalter unter 70 Jahren liegen wird.

690 Nach Meinung der Jungen Union sollte man mit diesem Thema ehrlich umgehen und
691 frühzeitig an Lösungen arbeiten. In diese Überlegungen sollten auch zum fixen

692 Renteneintrittsalter alternative Lösungen wie z.B. ein Lebensarbeitszeitkonto einbezogen
693 werden.

694

695 **Keine zusätzliche Belastung des Faktors Arbeit.**

696 Grundsätzlich muss dazu übergegangen werden, die Arbeitgeberbeiträge festzuschreiben und
697 die Sozialversicherungsbeiträge vom Faktor der abhängigen Beschäftigung abzukoppeln.
698 Dabei sind alle Einkünfte zu berücksichtigen.

699

700 **Mehr Spielraum zur privaten Vorsorge insbesondere für junge Familien.**

701 Die private Vorsorge ist unverzichtbar. Zur Sicherung des Lebensstandards im Alter ist die
702 private Altersvorsorge mittlerweile ein wichtiger Bereich. Hier kann privates Vermögen
703 zusätzlich zur gesetzlichen Rente aufgebaut werden.

704

705 **Die konsequente Einhaltung einer demographiefesten Rentenformel.**

706 Die Junge Union fordert ein langfristiges „Rentenkonzept 2050“, das von den Prinzipien der
707 Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit getragen wird. Gerade bei der Rente ist
708 langfristige Verlässlichkeit geboten. Am demographischen Faktor oder auch
709 Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel muss zwingend festgehalten werden. Dieser
710 bewirkt, dass der Anstieg der Renten bei einer Erhöhung der Zahl der Rentner im Verhältnis
711 zur Zahl der Beitragszahler gedämpft wird und die Beitragszahler dadurch entlastet werden.
712 Die in Zeiten der großen Koalition beschlossene sogenannte Rentengarantie muss rückgängig
713 gemacht werden.

714

715 **X. Kommunalpolitik**

716

717 Um dem demographischen Wandel kommunalpolitisch aktiv und dauerhaft entgegen zu
718 treten, fordert die Junge Union:

719

720 **Wirtschaftsförderung forcieren – Landflucht stoppen.**

721 Landflucht und urbanisierte Arbeitsplatzverlagerung bedingen sich. Aufgrund von u.a.
722 steigender Mobilitätskosten, steigt auch der Bedarf an wohnortnahen Arbeitsplätzen. Deshalb
723 ist der Erhalt und Ausbau professioneller kommunaler Wirtschaftsförderung im ländlichen
724 Raum unerlässlicher Bestandteil für fortschrittliche Wirtschaftsstandorte. Hohe
725 Lebensqualität, funktionierende Infrastruktur und allem voran mittelstandsorientierte

726 Verwaltungen sind hierfür substanziell. Durch Netzwerk- und Clusterbildung muss die Politik
727 in besonderem Maße Wirtschaft, Bildung und Verwaltung interkommunal zusammen bringen.

728

729 **Interkommunale Zusammenarbeit forcieren.**

730 Keine Kommune kann alle Leistungen aus eigener Kraft anbieten. Die interkommunale
731 Zusammenarbeit wird künftig noch verstärkt zunehmen müssen. Hier sind in erster Linie die
732 Gemeinden selbst gefordert, stärker als bisher arbeitsteilig zu denken und zu handeln. Die
733 Bundes- und Landespolitik kann hier die Kommunen u.a. durch Repressionsmöglichkeiten im
734 vertikalen Finanzausgleich zur verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit motivieren.

735

736 **Breitbandausbau.**

737 Die Verfügbarkeit schneller Internetanschlüsse ist einer der entscheidenden
738 Standortfaktoren. Nicht nur Freiberufler und Unternehmer, sondern auch die
739 Wohnbevölkerung braucht eine leistungsstarke und flächendeckende Versorgung mit
740 Breitbandanschlüssen. Eine vernünftige Breitbandgeschwindigkeit ist gerade auch im Hinblick
741 auf die Schaffung von Heimarbeitsplätzen (Home-Office) und die Tatsache, dass eine schnelle
742 Internetverbindung immer mehr zu einer hohen Lebensqualität durch gute Vernetzung
743 beiträgt, ein wichtiger Baustein. Hier scheint die LTE- (bzw. 4G) Technologie im Vergleich zu
744 Hardware-Leitungen eine kostengünstige Alternative zu sein. Schnelle Internetverbindungen
745 sind für die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums unabdingbar. Wenn eine
746 Chancenungleichheit zwischen städtischen und ländlichen Regionen dazu führt, dass sich
747 innovative Unternehmen mit jungen Mitarbeitern immer häufiger für Standorte in
748 Ballungszentren entscheiden wird es immer schwieriger, eine kommunale Infrastruktur
749 (Schulen, Wasser-, Abwasser- und Stromversorgung sowie soziale Dienstleistungen) aufrecht
750 zu erhalten. Ebenso werden die Digitalisierung von amtlichen Formularen sowie die
751 Entwicklung von technikgestützten Pflegeassistenzsystemen zunehmen. Entsprechende
752 Förderprogramme sind zu unterstützen und auszubauen. Ein kontinuierlicher Diskurs
753 zwischen Politik und Wirtschaft ist dazu unerlässlich.

754

755 **Wohnraum frühzeitig an die Bevölkerungsentwicklung anpassen.**

756 Die steigende Zahl älterer Menschen in unserem Land führt auch zu einem stark wachsenden
757 Bedarf an barrierefreiem Wohnraum. Gerade im ländlichen Raum kann dieser Bedarf jedoch
758 durch den bestehenden Wohnraum nicht gedeckt werden. Es ist daher wichtig, dass sich die
759 Menschen frühzeitig mit einem Umbau der eigenen Wohnung bzw. des eigenen Hauses
760 beschäftigen, um auch im Alter dort wohnen zu können. Um dies zu unterstützen und bei

761 Bedarf Hilfestellung zu geben, sollten insbesondere die Landkreise ein niederschwelliges
762 Grundberatungsangebot zum Thema „barrierefreies Umbauen“ in den Dienstleistungskatalog
763 ihrer Bauordnungsämter aufnehmen.

764

765 **XI. Neue Bundesländer**

766

767 Um die Folgen des demographischen Wandels in den ohnehin schon bevölkerungsschwachen
768 Neuen Bundesländern einzudämmen, fordert die Junge Union:

769

770 **Handlungsstrategien für Rück- und Zuwanderung.**

771 Es müssen Handlungsstrategien der Politik und Wirtschaft in den Regionen weiterentwickelt
772 werden, welche die Förderung von Rück- und Zuwanderung - insbesondere von Fachkräften -
773 sowie die Integration der Bevölkerung vor Ort in das Gemeinwesen weiter zu verstärken. Die
774 Wirtschaft ist gefordert, sich an die demographische Entwicklung durch stufenweise
775 Anhebung des Lohngefüges der Neuen Länder an das Lohnniveau der alten Bundesländer
776 anzupassen, um Fachkräfteabwanderung wirksam zu bekämpfen.

777

778 **Ausgewogene Wirtschaftsförderung.**

779 Neben der Weiterentwicklung der bestehenden Unternehmen und Wirtschaftsstandorte,
780 muss auch eine Förderung neuer Wirtschaftszweige, wie der Gesundheitsdienstleistung und -
781 wirtschaft erfolgen. Staatliche Mittel sollten gezielt zur verstärkten - auch überregionalen -
782 Clusterbildung eingesetzt werden. Die so entstehenden Synergien zwischen Wirtschaft und
783 Forschung unterstreichen den Anspruch der Neuen Länder technologisch, wissenschaftlich
784 und wirtschaftlich innovativ zu sein und würden Standortfaktoren positiv beeinflussen.

785

786 **Wirtschaftsfaktor Tourismus.**

787 In der älter werdenden Gesellschaft steigt der Bedarf an Pflege- und Betreuungsleistungen.
788 Diese Tatsache wird in touristisch geprägten Regionen, aufgegriffen und auf eine Vielzahl von
789 Angeboten ausgeweitet. So wirbt zum Beispiel das „Gesundheitsland MV“ erfolgreich mit
790 Gesundheitstourismus und zielt dabei speziell auf die ältere Bevölkerung ab.

791

792 **XII. Umwelt und Landwirtschaft**

793

794 **Wasserwirtschaft variabel gestalten.**

795 Zu große Abwasser-/Wasserversorgungssysteme, die einen gesteigerten Bedarf an
796 Durchspülwasser oder an Chlor erfordern, müssen durch eine sinnvolle und
797 zukunftsorientierte Planung der netzgebundenen Infrastruktur verhindert werden.
798 Insbesondere der Faktor Variabilität ist hier von großer Bedeutung. Im Rahmen der Planung
799 und Gestaltung der Systeme für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wurde bislang
800 vorwiegend in Wachstumskategorien gedacht; die langfristigen Wirkungen der
801 demographischen Umbrüche wurden zu wenig berücksichtigt. Der demographische Wandel
802 und veränderte Konsummuster tragen zu einer regional unterschiedlich ausgeprägten
803 Reduktion des Wasserverbrauchs bei. Da allerdings die meisten Wasserinfrastrukturen auf
804 eine Lebensdauer von hundert Jahren ausgerichtet sind, bringt dies erhebliche Folgen mit
805 sich. Da der Anteil der Fixkosten bei ca. 80 Prozent liegt, ist für die Höhe der Wasser- und
806 Abwasserentgelte die Bevölkerungszahl ein bedeutsamer Faktor. Ein kommunales
807 Trinkwassernetz muss die Einwohner auch dann bezahlbar versorgen, wenn die Zahl der
808 Nutzer abnimmt. Da der Unterhaltungsaufwand des Netzes aber bei abnehmender Nutzerzahl
809 nahezu die gleichen Kosten aufwirft, steigen die Belastungen für den Einzelnen. Bei einem
810 Bevölkerungsrückgang können daher die Pro-Kopf-Kosten im Bereich der Wasserversorgung
811 und Abwasserentsorgung tendenziell zunehmen.

812

813 **Nachverdichtung statt Zersiedelung.**

814 Zukünftig muss der Nachverdichtung bereits bestehender Bebauung und der Umnutzung
815 bereits bebauter Flächen Vorrang vor der Ausweisung neuer Siedlungs- und Gewerbeflächen
816 eingeräumt werden. Dies bringt ökonomische Vorteile mit sich, da in den Innenbereichen der
817 Kommunen die Infrastruktur bereits vorhanden ist und ohnehin unterhalten werden muss.
818 Zudem könnte somit zunehmende und weitgehend unsinnige Flächenversiedelung mit all
819 ihren ökologischen Konsequenzen eingeschränkt werden. Eine Förderung für sorgfältige
820 Stadtplanung ist unumgänglich.

821

822 **Landwirtschaftliche Sozialversicherungen zukunftsfest machen.**

823 Es ist zwingend erforderlich eine Organisationsreform der landwirtschaftlichen
824 Sozialversicherung vorzunehmen. Mit Hilfe der Errichtung eines LSV-BUNDESTRÄGER, könnten
825 sowohl die LSV-Träger als auch der LSV-Spitzenverband in dem LSV-Bundesträger
826 eingegliedert werden. Diese Reform hätte den Vorteil einer Straffung der Orga-Struktur.

827 **Fachkräftemangel in der Landwirtschaft.**

828 Grundsätzlich bedarf es einer groß angelegten Werbeoffensive für den landwirtschaftlichen
829 Sektor, um ein realistisches Bild moderner Landwirtschaft in die Bevölkerung hinein zu
830 projizieren und so junge Menschen für die vielfältigen Berufsfelder im landwirtschaftlichen
831 Bereich zu gewinnen. Moderne Landwirtschaft erfordert gut ausgebildeten Nachwuchs. Dies
832 gilt insbesondere für die Förderung der Ausbildung an den Berufsschulen. Der Unterricht
833 muss am Zukunftsbild der Landwirtschaft orientiert sein und insbesondere den praktischen
834 Teil der Ausbildung stärker berücksichtigen. Die Rahmenbedingungen sollten auch für
835 Neulandwirte Anreize bergen und die Gründung neuer Betriebe (z. T. auch industrialisierte
836 Betriebe) stärker fördern, damit auch in Zukunft in allen landwirtschaftlichen Bereichen - in
837 allen Regionen – genügend Landwirte vorhanden sind, um die Kulturlandschaften zu
838 bewahren und die lebensmittel- und energietechnische Grundversorgung zu sichern.

839

840 **XIII. Fazit**

841

842 Um den vielfältigen Anforderungen des demographischen Wandels gerecht zu werden,
843 müssen wir heute handeln. Es gilt auf der einen Seite durch entsprechende familienpolitische
844 Maßnahmen ein Klima zu schaffen, dass die Geburtenrate im besten Fall steigert und
845 zumindest dafür sorgt, dass diese nicht weiter sinkt. Hier ist insbesondere eine bessere
846 Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu nennen. Es muss dem Einzelnen und der Gesellschaft
847 gelingen, die widerstreitenden Anforderung des Familienlebens und der Berufswelt so
848 miteinander in Einklang zu bringen, dass junge Menschen ihrer Verantwortung bei einer
849 Familiengründung, im Arbeitsleben, für den Zusammenhalt der Gesellschaft und für die
850 finanzielle Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels gerecht werden können.
851 Die Problemlage zwischen dem Wunsch nach Familiengründung und den Anforderungen einer
852 globalisierten Arbeitswelt bei einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung überschreitet die
853 Ansätze traditioneller Familienpolitik bei weitem. Der Beitrag, den Politik leisten kann, damit
854 junge Menschen dieser Herausforderung begegnen können, muss stärker als bisher auch die
855 Bedingungen beruflicher Tätigkeit sowie die globalen Rahmenbedingungen der Wirtschaft
856 berücksichtigen. Für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft ist es von zentraler
857 Bedeutung, die Familie als gesellschaftliches Leitbild aufrechtzuerhalten und dafür zu werben,
858 in ihr die Werte zu leben, die für den Zusammenhalt in unserem Land unerlässlich sind.

859

860 Auf der anderen Seite muss die Politik anerkennen, dass der Prozess des demographischen
861 Wandels, der bereits vor Jahrzehnten begonnen hat, nicht mehr auf zu halten ist. Der

862 kontinuierlich gesunkenen Geburtenrate steht eine alternde Gesellschaft gegenüber, deren
863 Lebenserwartung kontinuierlich steigt. Dieser Tatsache muss in den verschiedensten
864 Politikfeldern, sowohl auf kommunaler Ebene als auch landes- und bundespolitisch
865 Rechenschaft getragen werden. Politische Entscheidungen müssen dabei auf demographische
866 Nachhaltigkeit bewertet werden. Nur wenn heute die entsprechenden Maßnahmen ergriffen
867 und politische Reformen langfristig angelegt werden, kann verhindert werden, dass die
868 nachkommenden Generationen die Lasten dieses grundlegenden strukturellen
869 Wandlungsprozesses unserer Gesellschaft tragen müssen. Insbesondere ist hier eine Reform
870 der sozialen Sicherungssysteme unerlässlich, soll vermieden werden, dass diese über kurz
871 oder lang kollabieren.

872

873 Die notwendige und zwangsläufige Verantwortungsgemeinschaft der Generationen muss sich
874 in der gleichberechtigten Teilhabe der Generationen an politischer Entscheidungsfindung
875 wieder finden.

876

877 Jung und alt müssen gemeinsam einen Beitrag leisten unsere Gesellschaft, und damit auch
878 unser Land, zukunftsfest zu machen. Dies wird für Deutschland eine der größten
879 Herausforderung dieses Jahrhunderts. Herausforderungen, denen wir uns stellen und diese
880 aktiv mit gestalten werden!